

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatoberchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sprechstunde Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 264

Donnerstag, 11. November 1926.

101. Jahrgang

Krisenstimmung im Reichstag.

Neuer Konflikt in der Erwerbslosenfrage.

Oppositionsmehrheit im sozialpolitischen Ausschuss.

Am Berlin, 11. Nov. In der gestrigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags kam ein kommunistischer Antrag zur Abstimmung, der sämtliche Beschränkungen innerhalb der Erwerbslosenfürsorge aufheben und die Bezahlung der Unterstützung über die 52. Woche hinaus unbegrenzt fortführen will. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Württembergischen und der Deutschnationalen angenommen. Der Vorsitzende des Ausschusses erklärte, damit sei die Regierungsvorlage gefallen und die Beratungen müßten ausgesetzt werden. Er schlug vor, heute die zweite Lesung des Arbeitsrechtsentwurfes vorzunehmen. Hiergegen erhob der Abgeordnete Andre (Z.) Einspruch, indem er erklärte, daß die Mitglieder des Zentrums sich an den weiteren Beratungen des Ausschusses nicht mehr beteiligen könnten, bis eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse erfolgt sei. Die Vertreter der Regierungsparteien betonten, sich nicht als Hampelmänner behandeln lassen zu wollen. Für die Volkspartei schloß sich Abg. Thiel diesen Erklärungen an. Hierauf vertagte sich der Ausschuss.

Der Nachtragsetat im Haushaltsausschuss.

Uneinigkeit der Regierungsparteien.

Am Berlin, 11. Nov. Im Haushaltsausschuss des Reichstages kam es zu Beginn der gestrigen Beratungen des ersten und zweiten Nachtragsetats zum Haushaltsplan zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungsparteien. Die Beratung begann beim ersten Nachtragsetat zum Reichsverkehrsministerium. Der Berichterstatter Dr. Quast (deutschsnat.) empfahl die geforderte Personalvermehrung zur Annahme. Abg. von Guérard (Str.) betonte, daß man unmöglich neue Planstellen im Nachtragsetat bewilligen könne, wo der neue Reichshaushalt schon vor der Tür stehe. Ebenso erklärte für die Demokraten Dr. Wieland, daß seine Partei diesen Nachtrag ablehnen müsse. Der Volksparteiler Dr. Most wies auf die Dringlichkeit der Stellenanforderungen hin und plädierte für die Annahme. Schließlich erklärte der Sozialdemokrat Stücken, wenn die Regierungsparteien nicht einig seien, dann hätten die Sozialdemokraten erst recht keine Veranlassung, päpstlicher als der Papst zu sein.

Aussprache über die Reichswehr.

Eine Erklärung des Reichswehrministers.

Am Berlin, 11. Nov. In der gestrigen Reichstagsitzung äußerte sich Reichswehrminister Dr. Gessler ausführlich über den Fall Seeckt. Er erklärte, die Tatsache, daß der älteste Sohn des Kronprinzen für einige Wochen zu Militärdienstleistungen in der Reichswehr herangezogen worden sei, sei eine außenpolitische und innenpolitische Unmöglichkeit. Sie stehe auch im Widerspruch zu den Erklärungen der Reichsregierung und zu seinen eigenen Erklärungen im Reichstage. Sie sei besonders unmöglich in einem Augenblicke, wo wir dafür kämpfen, daß endlich mit dem demütigenden System der Militärkontrolle ein Ende gemacht wird. Er, der Minister, habe davon keinerlei Kenntnis gehabt. Er habe es stets abgelehnt, die Hand zu dem korruptierenden System des Spießtums und Kontrollwesens zu legen, es sei aber auch auf der anderen Seite zu verlangen, daß er über alles das, was seine politische Verantwortung betrifft, rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werde. Die Erledigung der Angelegenheit habe bewiesen, daß die Staatsraison stark genug sei, um sich gegen jedermann durchzusetzen. Die deutschnationalen Kritik verkenne den Kern der Dinge. Es war selbstverständlich Pflicht des Staates und der Presse, beim Ausscheiden des Generalobersten von Seeckt dessen Verdienste voll anzuerkennen. Herr von Seeckt habe aber einen schweren politischen Fehler gemacht, und daraus ergäben sich Konsequenzen. Der Übergang habe sich ohne jede Erschütterung vollzogen. Das sei ein Beweis für die Arbeit des Herrn von Seeckt, aber auch dafür, wie fest gesigt die Reichswehr über allen Strömungen und Wirrungen dastehet. General Heye werde das in ihn gesetzte Vertrauen voll verdienen; er werde sich nur hüten müssen vor falschen Freunden und vor denen, die kein Verständnis für die Verpflichtung derjenigen haben, die in der Republik den Eid auf die Verfassung geleistet haben.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Sitzung übte der Zentrumsvizepräsident Casing Kritik an dem früheren Kaiser, der Deutschvölkischer Parteileiter Ciemer warnte vor einer Politisierung der Reichswehr, während der Demokrat Haas dagegen verlangte, daß die Reichswehr endlich auf den Boden der Republik gestellt werde. Der Bayer Leicht setzte sich in väterlichem Wohlwollen mit dem Reichsfinanzminister auseinander und zum Schlusse empfahl der Sozialdemokrat Loebe, nicht als Präsident, sondern als Abgeordneter, seine Vorschläge über die Entpolitisierung der Reichswehr.

sein. Schließlich einigte sich der Ausschuss dahin, die Beratungen zunächst auszusetzen, bis eine Klärung zwischen den Regierungsparteien erfolgt sei.

Fühlungnahme der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten.

Gestern mittag fanden im Reichstag wichtige Verhandlungen innerhalb der Regierung und mit den Parteiführern der Regierungsparteien statt. Wie wir dazu aus parlamentarischen Kreisen hören, ist über die Frage der Regierungsbildung nicht verhandelt worden, sondern lediglich über die Fragen, die gestern im sozialpolitischen Ausschuss in der Erwerbslosenfrage und im Haushaltsausschuss in der Frage der neuen planmäßigen Stellen im Verkehrsministerium zu Konflikten geführt haben. Das Zentrum verlangt, daß die planmäßigen Stellen erst im Hauptetat für 1927 zur Entscheidung gebracht werden, das Reichskabinett will heute darüber beraten, ob diese Stellen aus dem Nachtragsetat herausgetrieben werden können. In der Erwerbslosenfrage hofft man auf ein Entgegenkommen der Sozialdemokraten. Man stützt diese Annahme darauf, daß in der Plenarsitzung die Sozialdemokraten nicht für den kommunistischen Antrag gestimmt haben, der die Vorlage über die Krisenfürsorge sofort auf die Tagesordnung setzen wollte. Der Abg. Esser (Z.) als Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses wurde von den Vertretern der Regierungsparteien beauftragt, heute mit den Sozialdemokraten hierzu Fühlung zu nehmen. Im Laufe des gestrigen Abends fand auch eine Fühlungnahme zwischen dem Kabinett und sozialdemokratischen Vertretern über die schwebenden Meinungsverschiedenheiten statt.

Erste Krisengerüchte im Reichstag.

Am Berlin, 11. Nov. Im Reichstag beurteilt man in den Kreisen der Regierungsparteien die politische Situation infolge des neuen Konfliktes in der Erwerbslosenfrage und der Unstimmigkeiten im Reichshaushaltsausschuss als sehr ernst. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Situation in den nächsten Tagen noch verschärft. Es wird sogar schon von der Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages gesprochen, doch handelt es sich hier vorläufig erst nach um Gerüchte, da keine der Reichstagsfraktionen großes Interesse an Neuwahlen hat.

Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung wurde in einfacher Abstimmung mit den Stimmen der Regierungsparteien, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Sozialdemokraten gegen die Kommunisten und Württembergischen bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen abgelehnt. Mit dem gleichen Stimmverhältnis fand das württembergische Mißtrauensvotum Ablehnung.

Botschafter v. Hoersch bei Briand.

Am Paris, 11. Nov. Am gestrigen Mittwoch nachmittag hatte der deutsche Botschafter von Hoersch wieder eine längere Unterredung mit dem Außenminister Briand, in der vor allem Fragen der Entwaffnung Deutschlands und der Militärkontrolle besprochen wurden.

Eine Note der Botschafterkonferenz wegen der militärischen Gebäude?

Am Köln, 11. Nov. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus Berlin erfährt, ist in diesen Tagen bei der Reichsregierung eine Note des Botschafterrates eingegangen, die sich mit dem Schicksal der im Reichsbesitz befindlichen militärischen Gebäude, d. h. mit den ehemaligen Kasernen, aber auch mit dem früheren preussischen Kriegsministerium beschäftigt. Die neue Forderung des Botschafterrates geht dahin, die Reichsregierung solle die in ihrem Besitz befindlichen militärischen Gebäude entweder verkaufen oder vermieten, oder, falls beides nicht möglich sei, für eine Abtragung sorgen. Eine Erfüllung dieser durch nichts berechtigten Forderung würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung am Nationaleigentum bedeuten. Wie die Telegraphenunion hierzu erfährt, trifft die Meldung in der Tat zu. Die neue Mahnote der Botschafterkonferenz beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Frage der Liegenschaften, die die Reichsregierung bisher für nebensächlich ansah und deren Regelung infolgedessen auf dem Wege schriftlicher Verhandlungen für möglich gehalten wurde. Die neue Note weist darauf hin, daß nunmehr in dieser Frage doch noch mündliche Verhandlungen notwendig sein werden.

Die Frage des Oberbefehls erledigt.

Am Berlin, 11. Nov. Nach den Morgenblättern ist der Reichsregierung schon vor einiger Zeit mitgeteilt worden, daß die Botschafterkonferenz die Frage des Oberbefehls in der Reichswehr als endgültig erledigt ansieht. Ueber die noch krit-

Tages-Spiegel.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages kam es bei der Beratung des Entwurfs der Krisenfürsorge für die ausge-
steuerten Erwerbslosen zu einem erneuten Konflikt.

Die Regierungsparteien verhandelten gestern mit den Sozialdemokraten über die Erwerbslosendebatte.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurden zwei Beschlüsse zur Handelspolitik mit Frankreich und dem Saargebiet gefasst.

Bei der Aussprache über die Reichswehr in der gestrigen Reichstagsitzung würdigte Dr. Gessler die Leistungen Seeckts und betonte, daß dessen Rücktritt aus außen- und innenpolitischen Gründen notwendig war.

Botschafter v. Hoersch hatte gestern mit Außenminister Briand eine längere Unterredung über die Entwaffnungsfrage und die Militärkontrolle.

England ist in Paris für die Aufhebung der Militärkontrolle und Uebergang derselben an den Völkerbund eingetreten.

Der russische Volkskommissar Tschischerin und der türkische Außenminister Nischi Bey verhandeln in Odessa über die Teilnahme der Türkei am Völkerbund.

Ein Vertrag zwischen Ägypten und Italien, in welchem die Westgrenzen Ägyptens festgelegt werden, ist in Kairo unterzeichnet worden.

tigen Fragen finden mündliche Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen statt. Es soll außerdem versucht werden, auf diplomatischem Wege in der Frage der Verbände eine Verständigung zu erzielen.

England für Aufhebung der Militärkontrolle.

Am Paris, 11. Nov. Wie die Telegraphenunion von gut unterrichteter englischer Seite erfährt, hat der englische Botschafter in Paris, Lord Greve, im Auftrage der englischen Regierung Briand bei seinem Empfang am Dienstag vormittag mitgeteilt, daß nach englischer Auffassung die Aufgabe der interalliierten Kontrollkommission in Deutschland beendet sei, da Deutschland die im Versailler Vertrag ihm auferlegten Währungsbestimmungen durchgeföhrt habe. Dem Uebergang der Militärkontrolle auf den Völkerbund stände nach Auffassung der englischen Regierung nichts mehr im Wege. General Walsh hat am Dienstag Briand erklärt, daß die zwischen der Reichsregierung und der interalliierten Militärkontrollkommission noch bestehenden Streitpunkte für nicht so erheblich anzusehen seien, daß deswegen die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission verzögert werden müßte. Auch er soll damit einverstanden gewesen sein, daß ihre Befugnisse demnächst auf die Organe des Völkerbundes übergehen. Wie in gut unterrichteten französischen Kreisen verlautet, wird General Walsh demnächst nach Berlin reisen, um mit den deutschen Behörden eine letzte Rücksprache zu haben. Man erwartet ihn vor dem Beginn der Völkerbundratsitzung nach Paris zurück.

Englands Außenpolitik.

Baldwin über die neue Ära des Friedens.

Am Berlin, 11. Nov. Wie die Morgenblätter aus London melden, hielt Baldwin in der Guild Hall eine politische Rede, in der er mit Genugtuung feststellte, daß man den außenpolitischen Zustand als befriedigender als zu irgend einem anderen Zeitpunkt seit dem Kriege bezeichnen könne. Deutschland, Frankreich, Italien und England arbeiteten zusammen für den Wiederaufbau und die Befriedigung der Völker. In Europa sei ein klares Bewußtsein dafür vorhanden, daß auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des guten Willens eine Ära des Friedens und der Stabilität herbeigeföhrt werden könne. Die Befriedigung der Regierung über diesen außenpolitischen Stand sei ohne jeden Hintergedanken festgesetzt. Der Wiederaufbau Europas sei der Grundstein der englischen Außenpolitik.

Chamberlain über die Beziehungen zu Russland.

Am London, 11. Nov. Chamberlain erklärte im Unterhause, daß in der Frage der russischen Schulden noch keine Fortschritte zu verzeichnen seien. Die russischen Vertreter hätten sich ihm gegenüber mit der allgemeinen Erklärung begnügt, daß die Sowjetregierung Verhandlungen zur Besserung der englisch-russischen Beziehungen begrüßen würde. Chamberlain betonte, daß er den Sowjetvertretern die Bedingungen Englands für solche Verhandlungen klargelegt habe. Die Hauptbedingung sei, daß sich die Sowjetunion an das Handelsabkommen strikte halte und jede antibritische Propaganda außerhalb der Sowjetunion verbiete.

ung
blig. Herzog
Preisen
abgepaßt
am Stück
Künstler
Zengle

äsche

ren
re.

eneröffnung
nen unsere
3 Punkte

lie Georg
Personal-

te, daß wir
ation 10 %

kaufenden
oße Umsatz

de bei Ein-
schenk.

Leberstr. 103

Bischoff-
Str. 458

WOHL
Ihre
AUGEN
HAUT!

l-Fußbad gegen
schlecht (2 Bäder)
gerien. Sicher
K. Mohl.

Kleine politische Nachrichten.

Die bürgerliche Einheitsliste in Thüringen gescheitert. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, sind die von der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und dem Zentrum geführten Verhandlungen wegen Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste für die Wahlen zum Landtag von Thüringen an dem Widerstand der Wirtschaftspartei gescheitert. Die Demokraten hatten sich von den Verhandlungen schon früher zurückgezogen.

Die Luftfahrtverhandlungen mit dem Saargebiet. Wie die Morgenblätter melden, sind die Vorbesprechungen über die Einbeziehung des Saargebietes in den deutschen Luftverkehr abgeschlossen worden. Die Vertreter der Regierungskommission sind bereits wieder nach Saarbrücken abgereist, um Bericht zu erstatten. Man erwartet in unterrichteten Kreisen, daß die Hauptverhandlungen in kurzer Zeit beginnen werden.

Ein deutsches Generalkonsulat in Marseille. In etwa 14 Tagen wird entsprechend den Abmachungen im deutsch-französischen Handelsprotokoll ein deutsches Generalkonsulat in Marseille errichtet. Zum deutschen Generalkonsul ist Herr Franoung ernannt worden.

Eine Folge des hohen Frankenkurses. Poincaré empfing die Vertreter der nordfranzösischen Textilindustrie, die ihm ihre schwierige Lage schilderten, da ihr Auslandsabsatz durch die Steigerung des Franken sehr leide. Poincaré erklärte sich bereit, den Klagen der Textilindustrie bei seinen finanzpolitischen Plänen Rechnung zu tragen.

Der amerikanische Panzerkreuzer Memphis auf der Fahrt nach Kiel. Der amerikanische Panzerkreuzer Memphis unter Admiral Burrage, dem Oberkommandanten der amerikanischen Flotte in den europäischen Gewässern, stach von Cherbourg aus nach Kiel in See.

Der Reichsfinanzminister zum 800-Millionen-Nachtrag.

Am Dienstag, 10. Nov. Im Plenum des Reichstags sprach am Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Der Minister hob hervor, daß es sich bei diesem Nachtragsetat um lauter zweckmäßige Ausgaben handle, wenn die sozialen und nationalen Pflichten erfüllt werden sollen. In diesem Jahre sei auch das gesunde Prinzip zum Durchbruch gekommen, daß nur jene Landesparlamente eine Erhöhung der Ausgaben beschließen können, die zugleich für Deckung dieser Mehrausgaben zu sorgen in der Lage seien. Der Minister schilderte dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparationsagenten, durch die eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe dem Reiche auch wesentliche Ersparnisse gebracht. Durch diese und andere Ersparnisse könnten ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt werden. Mehrerträge seien auch aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt worden. Im ersten Halbjahr 1926 sei zum ersten Male das Auskommen aus der Lohnsteuer mit 530 Millionen zurückgeblieben hinter dem Ertrag der übrigen freien Einkommensteuern, die 563 Millionen brachten. Bei der Körperschaftsteuer sei gegenüber dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres in diesem Jahre eine Zunahme von 94 auf 198 Millionen Mark zu verzeichnen. Hinter dem Staatsanfall zurückgeblieben sei die Umsatzsteuer. Bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer, die gleichfalls zurückgeblieben seien, sei im zweiten Halbjahr damit zu rechnen, daß das Minus wett gemacht werde. Insgesamt könne damit gerechnet werden, daß das Gesamtaufkommen in sämtlichen Steuerarten in diesem Jahre den Staatsanfall übersteigen werde.

Der Minister äußerte sich dann über die Ausgaben auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms. In der Beschaffung von Arbeit und Schaffung von Werten sei ein wesentlicher Fort-

schritt zu verzeichnen gegenüber dem Zustand, daß Millionen von Arbeitslosen unterstützt werden müssen, ohne irgend welche Werte zu schaffen. Der Minister weist darauf hin, daß mit dem Baumarkt zur Verfügung gestellten 200 Millionen M. etwa 40 000 Kleinwohnungsbauten mit 5000 M. zweiter Hypothek finanziert und etwa 120 000 Bauarbeiter mit etwa 70 M. monatlicher Erwerbslosenunterstützung aus der Fürsorge herausgenommen werden könnten, wodurch insgesamt etwa 84 Millionen an unterstützender Erwerbslosenfürsorge gespart worden seien. Sachlich vollkommen berechtigt sei auch die Zurverfügungstellung von 50 Millionen auf 3 bis 4 Jahre an die Reichseisenbahnverwaltung als verzinsliches Darlehen zur Beendigung der unvollendet daliegenden Eisenbahnbauten. Auch die 100 Millionen, die der Reichsbahnverwaltung im Frühjahr gleichfalls als Investitionskapital zur Verfügung gestellt worden seien, würden der deutschen Gesamtwirtschaft zugute kommen.

Der Minister stellte fest, daß die deutschen Finanzen zwar außerordentlich schwierig und angespannt seien, daß man aber eine absolut sichere und solide Finanzwirtschaft aufrecht erhalten habe. Es sei immerhin ein Fortschritt, wenn statt der 2 Millionen im Februar heute nur noch 1,3 Millionen unterstützte Erwerbslose vorhanden seien. „Zur Deckung können wir“, sagte der Minister, „eine neue Anleihe von 372 Millionen aufnehmen, sodaß wir zur Aufnahme von insgesamt 965 Millionen Anleihe ermächtigt sind. Wir haben aber von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln noch keinen Gebrauch gemacht. Wir werden auch jetzt noch nicht den Anleiheemarkt in Anspruch nehmen, sondern werden den Zeitpunkt dazu sorgsam auswählen. Trotz der Steuerermäßigung haben wir eine Finanzgebarung, die zwar hart an der Grenze des Defizits streift, die aber doch sich in durchaus soliden Bahnen bewegt.“

Erster sehe die Lage aus, wenn wir die Finanzen der Länder und Gemeinden betrachten. Wir wollen ihnen im Wege des Finanzausgleiches helfen und erwarten dann, daß sie besonders die vielfach angespannte Realsteuer senken werden. Wollen wir die Erwerbslosennot beseitigen, dann brauchen wir eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, gute Handelsverträge und ein gutes Einvernehmen mit dem Ausland.“

Die italienisch-franz. Zwischenfälle.

Am Paris, 10. Nov. Der französisch-italienische Notenwechsel über die unerquicklichen Vorfälle der letzten Zeit hat die erhoffte Entspannung noch nicht gebracht. Mussolini hat der französischen Regierung mitteilen lassen, daß er zwei Offiziere und zwei Jagdflieger, die für die Ereignisse in Tripolis verantwortlich sind, vor Gericht gestellt habe. Von französischer Seite ist weiter gefordert worden, daß für die Beschädigung des französischen Konsulates in Tripolis eine Entschädigung geleistet und der französischen Fahne auf dem Konsulat militärische Ehren erwiesen werden müßten. Man wird das den Italienern nachsühlen können, wenn es ihnen schwer fällt, diese Forderung zu erfüllen. Baron Azezzana, der italienische Botschafter in Paris, ist bei seiner Regierung daher um neue Instruktionen vorfellig geworden. Die Zwischenfälle in Benghasi gelten dagegen als erledigt, da die italienischen Erklärungen befriedigten, ebenso der Zwischenfall in Ventimiglia, nachdem durch neue Grenzabmachungen die eine Seite des Bahnhofes für territorial erklärt worden ist, um dadurch das Betreten durch italienische Polizisten zu vermeiden. Weiter hat sich die französische Regierung entschlossen, Garibaldi auszuweisen. Sie glaubt hierdurch der Notwendigkeit entgehen zu sein, in gerichtlichen Verhandlungen politische Zwischenfälle aufrollen zu müssen, deren öffentliche Verhandlungen böses Blut machen würden. Briand hat am Dienstag den Ministerrat in diesem Sinne über die gesamten italienisch-französischen Zwischenfälle unterrichtet.

Die Hilfswerke des Völkerbundes.

Die Hilfsaktion des Völkerbundes für die bulgarischen Flüchtlinge.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht soeben ein umfangreiches Memorandum über die Hilfsaktion des Völkerbundes für die bulgarischen Flüchtlinge. In dem Memorandum wird darauf hingewiesen, daß seiner Lösung entgegen gesehen werde. Die Notlage der bulgarischen Flüchtlinge gehe auf die Auswanderung von 200 000 Bulgaren im Jahre 1912 infolge der Balkankriege zurück. 120 000 Flüchtlinge seien ohne jede Existenzbasis geblieben und hätten infolgedessen eine ständige Bedrohung sowohl in sozialer als auch in politischer Richtung bedeutet. Auf Grund der Hilfsmaßnahmen des Völkerbundes, die die Zustimmung der bulgarischen Regierung gefunden hätten, sei nunmehr eine Anleihe von zwei Millionen Pfund Sterling aufgenommen worden, die die endgültige Durchführung des Sanierungswerkes für die Flüchtlinge ermöglicht.

Das Hilfswerk des Völkerbundes in Griechenland.

Das Sekretariat des Völkerbundes veröffentlicht gegenwärtig ein umfangreiches Memorandum über das Hilfswerk des Völkerbundes für die griechischen Flüchtlinge. Es wird darin betont, daß seit dem Jahre 1919 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungefähr 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Griechenland zurückgekommen seien. Dies sei eine der größten Völkerwanderungen der letzten Zeit. Hierdurch sei ein außerordentlich schwieriges wirtschaftliches und soziales Problem entstanden, das nicht ohne Gefahr für die politische Lage auf dem Balkan sein dürfte. Auf Witten der griechischen Regierung habe sich nun der Völkerbund mit der Ansiedlung dieser Flüchtlinge beschäftigt. Dieses Hilfswerk dauere bereits drei Jahre. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß zur Durchführung dieses Hilfswerkes eine Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling aufgenommen worden sei.

Eröffnung d. polnischen Parlaments.

Am Warschau, 10. Nov. Am gestrigen Dienstag ist den Präsidenten des Reichs und des Senates die amtliche Mitteilung zugegangen, daß der Staatspräsident die Eröffnung dieser beiden Körperschaften auf den 13. November 2 Uhr nachmittags im königlichen Schloß festgesetzt hat und zwar wird diese Sitzung eine gemeinsame von Sejm und Senat sein. Die Sozialistische Partei Polens teilte darauf dem Sejmpräsidenten mit, daß ihre Abgeordneten zu dieser Sitzung nicht erscheinen werden. Auch die übrigen Parteien sind äußerst unzufrieden. Sie sind der Ansicht, daß diese Sitzung ein Bruch der Verfassung ist, da die Verfassung eine gemeinsame Sitzung des Sejm und des Senates als Nationalversammlung betrachte und eine solche nur für die Wahl eines Staatspräsidenten einberufen werden darf.

Zusammentritt des engl. Unterhauses

Die Verluste durch den Bergarbeiterstreik.

Am London, 10. Nov. Das Unterhaus trat gestern nachmittags zu einer ersten Sitzung für die Herbsttagung zusammen. Das Hauptinteresse der Verhandlungen beanspruchten die Erklärungen des Handelsministers über die durch den Streik seit dem 1. Mai verursachten Kosten. Er erklärte, daß die Verluste auf 250—300 Millionen Pfund zu schätzen seien. In diesen Ziffern seien aber die Verluste, die durch die verlorengegangenen ausländischen Märkte und durch die nicht eingehaltenen Kontrakte entstanden seien, nicht enthalten. Es sei unmöglich, ihre Höhe zuverlässig zu schätzen. Der Bergbauminister erklärte, daß seit Streikbeginn in den Bergwerken Großbritanniens ungefähr 10,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert worden seien, daß aber in der gleichen Zeit ungefähr 15 Millionen Tonnen ausländischer Kohle eingeführt wurden.

Gräfin Lasbergs Enkelin.

Roman von Fr. Lehne.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie sahen beide in der Veranda, die sich neben dem Wohnzimmer der Gräfin befand. Er war vor einer Weile gekommen, der Großmutter „Guten Tag“ zu sagen. Yvonne hatte er nur erst flüchtig mit einem heißen, verstohlenen Blick begrüßen können. Und jetzt sah sie im Garten und dachte sehnsüchtig an ihn. Sie hatte ihm den Kaffee servieren müssen und war dann hinausgegangen, da die Großmutter sie nicht zum Bleiben aufgefordert hatte. Sie wäre nur ein störendes Element gewesen, dachte sie voller Bitterkeit.

Während der kurzen Minuten ihres Zusammenseins hatte sie aber doch bemerkt, daß es wie ein Schatten über seiner Fröhlichkeit lag, daß er sich zur Ruhe zwingen mußte. Dies war auch den scharfen Augen der Gräfin nicht entgangen, die den Enkel prüfend beobachtete. Er erkundigte sich jetzt nach ihrem Befinden.

Sie seufzte ein wenig auf. „Yvonne, dieses törichte, eigenförmige Geschöpf hat mir viel Verdruß bereitet — unerhört!“

„Wie, Großmama?“

„Deine Mutter hat es dir doch geschrieben.“

„Ja, ja — ach ja, sie hatte dem jungen Hammerstein einen Korb gegeben. Im Vertrauen — ich gönne es ihm, mir wäre der Kerl auch zu sad. Rege dich darum nicht auf, wenn Yvonne nicht will. Des Menschen Wille ist kein Himmelreich. Bleibt sie sitzen, ist's ihre Schuld.“

Sie hat mich direkt brüskiert! Laß dir erzählen, Luß —

— Siehst du, in solcher unehrlicher Weise spricht sie mit mir! Ich schloß sie ihren Bericht. „Das Mädchen ist von einem Trost befeelt, der mich manchmal rasend macht!“

„Dann schick sie doch fort,“ meinte er gleichmütig.

„D, was denkst du, Luß! Nein, das geht nicht! Wohin auch mit ihr? Sie soll unter meiner Aufsicht bleiben. Ihre Gedanken sind voller Rebellion und Ueberpanntheit. Genug, daß ich ihr das Seminar erlaubt habe!“

„Sie hat wohl viel dort gelernt?“

„Ja, Luß. Ihre Zeugnisse sind glänzend. Yvonne ist eminent begabt, schrieb mir der Direktor. Und ich habe mich tatsächlich darüber geireut; sie war eine der Besten der ganzen Anstalt.“

„Was nützt ihr das, wenn sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse nicht entsprechend verwerten kann!“

„Auf keinen Fall, Luß. Sie trug sich allerdings mit dem Gedanken. Vielleicht ist das die Ursache, daß sie nicht heiraten will. Sie liebt den Hammerstein nicht — das war ihre Ausrade.“

Er beschäftigte sich eingehend mit seiner Zigarette.

„Vielleicht liebt sie einen andern! Oder hat sie dir da nichts gesagt, daß sie ihr Herz vielleicht auf dem Seminar gelassen hat?“

„Daran habe ich auch schon gedacht, trotzdem sie nichts gesagt hat. Ich habe hin und her gesonnen und beobachtet. Aber sie empfängt und schreibt selten Briefe. Die ich alle kontrolliere. Nein, nein. Ueber ein Jahr ist sie außerdem vom Seminar zurück.“

„Großmama, mache dir um Yvonne das Leben nicht schwer, laß sie gehen, einmal wird sie schon noch vernünftig werden.“ Dann wechselte er das Thema, nachdem er nun erfahren, was er wissen wollte. Yvonne hatte geschwiegen, hatte keine Andeutung von ihrer Liebe gemacht, und das war ihm recht — gerade jetzt.

„Also in acht Tagen können wir Dagobert erwarten.“ „Glaubst du auch, daß er für Herta ein Interesse hat?“

Man muß es beinahe annehmen.“

Luß zuckte die Achseln.

„Dagobert ist sehr verschlossen in Bezug auf seine Herzensangelegenheiten; er spricht nie darüber, und man darf ihn auch nicht fragen.“

„Ich muß gestehen, daß ich es sehr gern sehen würde.“ „Nun ja, ausgeschloffen ist es ja nicht. Weshalb käme er sonst gern nach Bernried?“

„Hammersteins feiern in wenigen Tagen den Geburtstag Daisys.“

„Ich weiß es; Herta sprach schon davon.“

„Du bist natürlich mit eingeladen.“ Fortschend blickte

sie auf den Enkel. „Ich muß ja hierbleiben, nachdem sich Yvonne so unverantwortlich benommen hat. Aber du —

Luß, darfst du mir etwas verraten? Man hofft auf dich! Mache du mir wenigstens bald die Freude.“

Hestig sprang er vom Stuhle auf und fuhr durch sein sorgfältig geschleiftes Haar.

„Großmama, mir steht wahrhaftig nicht der Sinn nach Heiraten.“

„Komm einmal her, mein Junge!“ Sie sagte nach seiner Hand und zwang ihn auf seinen Stuhl zurück. „Im Sitzen und in Ruhe läßt sich alles viel besser erledigen.“

So, nun beichte einmal! Denn daß dich etwas drückt, das habe ich längst an deiner Zerknirschtheit gemerkt. Nein, nein, leugne nicht. Also — du hast Schulden?“

Er blickte vor sich nieder, einen sorgenvollen Zug im Gesicht; er nickte nur.

„Wie?“

„Frage mich nicht, Großmama!“

„Doch, ich will ganz klar sehen! Bitte, Luß, sage mir, wieviel?“

Er holte tief Atem, setzte an zum Sprechen, schwieg aber doch. Es fehlte ihm der Mut.

Sie betrachtete ihn mit ihren scharfen, dunklen Augen, die aber jetzt einen zärtlichen Ausdruck hatten, als sie ihre Hand auf seinen Kopf legte und liebevoll fragte:

„Wird es dir so schwer, zu deiner alten Großmutter Vertrauen zu fassen?“

„Nein, nein, teure Großmama, du bist die erste! Aber ich schäme mich meines Leichtsinns vor dir.“

Sie runzelte die Brauen.

„Luß, es ist — es sind doch keine Weiberfäßen? Du kennst meine Ansicht darüber; du sollst dich nicht wegwerfen.“

Er hob offen und ehrlich den Blick zu ihr. „Mein Wort, Großmama, das nicht! Aber wie es ja kommt bei nicht zu reichlicher Zulage — man gibt oft mehr aus, als man hat. Dann das verfluchte Zeug,“ fügte er leichthin hinzu.

„Luß!“ rief sie schmerzlich und mahnend.

(Fortsetzung folgt.)

Unsere Serien = Tage

95 Pfg., 1.95 Mk., 2.95 Mk., 3.95 Mk.

laufen nur noch bis Samstag, den 13. November, abends. Überzeugen Sie sich von den Vorteilen, die wir Ihnen bieten.
Geschwister Kleemann, Calw, Obere Biergasse.

Frauenverein vom roten Kreuz für Deutsche über See.
 Am Mittwoch, 17. November 1926, abends 8 1/2 Uhr im Saal des Georgeniums:
Lichtbilder-Vortrag
 von Oberregierungsrat Abae (1902 bis 1914 Bezirksamtman in Kamerun) über
„Warum braucht Deutschland Kolonien?“
 Die verehrliche Einwohnerschaft von Calw und Umgebung wird zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.
 Eintritt frei.

Am Samstag und Sonntag halte ich
Mekel-Suppe

 und lade hierzu höflichst ein
Morof, zum Rappen.

Bei dem am Montag, den 15. Nov. abends 8 Uhr beginnenden
Tanzunterricht
 können sich noch **Damen und Herren beteiligen**
 Joh. Proß, Tanzlehrer.

Dr. med. Warth
 Facharzt für innere Krankheiten, insbesond. Herz-, Nieren-, Stoffwechsel-Krankheiten
Stuttgart
 Neckarstraße 34 A Ecke Schillerstraße
 Sprechstunde 3-5 Uhr — Röntgenuntersuchung, phys. Therapie, Endoscopie — Telephon 23817.

Für Glas & Porzellan
 bewährt sich die Reinigung durch leichtes Abreiben mit **VIM** auf recht nassem Lappen. **VIM** kratzt und schmiert nicht. **VIM** putzt auch Türen, Herd, Geschirr und Bestecke.

 Verbesserte Packung 30 Pfg. Kein Verstopfen des Blechstrahlers.
VIM
 1 Zuchtrind verkauft
 H. Koller.

Schwarzwaldverein Calw Familien-Abend

 am Samstag, den 13. November 1926 im „Badischen Hof“, abends 8 Uhr.
 Vortrag von Herrn Prof. Dr. Schwarzweber-Freiburg i. Br.: „Die Schönheit unserer Bergheimat im Lichtbild“.
 Gemischte Chöre. Darbietungen der Turnerinnen-Abteilung d. Calwer Turnvereins sowie d. „Calwer Streichquartetts“, anschließend Tanzunterhaltung.

Unterlengenhardt-Schwarzenberg. Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 13. November 1926** in unserem elterlichen Hause **Gasthaus zum „Abler“** in Unterlengenhardt stattfindenden
Hochzeitsfeier
 freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.
Wilhelm Schönhardt
 Sohn des † Christian Schönhardt in Unterlengenhardt.
Christine Kusterer
 Tochter des † Friedrich Kusterer in Schwarzenberg.
 Kirchgang um 12 Uhr in Bad Liebenzell.

Gesucht ein Wagon
Christbäume
 wenn möglich gemischt Rot- und Weißtannen von 80 cm bis 2 m 50 lang, auch in kleineren Posten. Angeb. mit Preisangabe sieht entgegen
Georg Kasperer, Friesenheim
 Oberamt Leonberg

Haarpfängen repariert
S. Obermatt, Friseur.
Ihr Blut
 hat eine Reinigung und Erneuerung dringend nötig, kaufen Sie heute noch
Abt Gebhards echte Kloster Lebens-Essenz
 Sie hilft Ihnen sicher
 Preis 1.30 und 2.50 Mk.
 Klosterlabor, Alpirsbach W. In den Apotheken zu Calw, Telnach und Liebenzell.

Ca. 30 Str. Hen verkauft
Hennefarth, Schleifstä. Javelstein.
 Eine ältere, 34 Wochen trüchtige
Ruh und

1 Zuchtrind
 verkauft
 H. Koller.

Beit-, Aussteuer- u. Damenwäsche fabrik sucht Damen u. Herren als **Vertreter** an Private. Guter Verdienst zugesichert. Näheres durch **Herrn Anton heute Nachmittags Hotel Ablor.**

Strickerin
 nach Pforzheim gesucht
 Angebote unter **K. 204** an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Gebestrick-Waren in Kommission,
 guter Verdienst zugesichert. Angebote an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter **A. S. 204**
 Gut erhaltenen
Gehrock-Anzug und Wäster
 für schlanke Figur hat im Auftrag zu verkaufen
Georg Buzer, Althengstett.

1-2 schön möbl. Zimmer
 in freier Lage zu vermieten. Hochgelegene. Näheres auf der Geschäftsstelle ds. Bl.
 Zirkon 150 Pfr.
Dickrüben
 zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

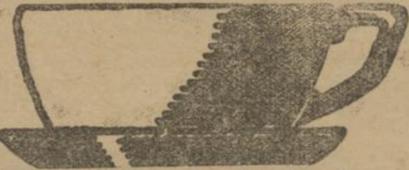
Wirt-Kriegerbund Bezirk Calw.
 Am Sonntag, den 14. ds. Mts. mittags 1 Uhr findet im Gasthof zum Hirs in Calw die **Herbst-Bezirksvorständeversammlung** statt, wozu die Vorstände der Vereine unbedingt erwartet und die übrigen Kameraden herzlich eingeladen werden.
Rüchle, Bezirksobmann.

Zu einem **Gitarren- u. Mandolinenkurs** nimmt Anmeldungen entgegen.
Fr. Hennefarth, Schulgasse 5.

Besuchskarten und -Anzeigen
 erhalten Sie rasch in der **Tagblattdruckerei.**

Samstag, 13. Nov. abends 8 Uhr im Weißchen Saale
Vortrag mit Lichtbildern
 von Prof. Dr. Albrecht Wirth, München, über **„Südamerika und das dortige Deutschtum“**
 Eintrittspreis 50 Pfg.

Pelze Pelzjacken Pelzbesätze
 zu außergewöhnlich billigen Preisen, guter Qualität und großer Auswahl finden Sie bei
A. & H. Hilb, Pforzheim Metzgerstr. 21. Teilzahlung gestattet.
 Ankauf von Fellen wie Füchse, Marder, Iltise usw.

Serva-Kaffee

 beste Mischungen, stets frisch gebrannt
Carl Serva, Calw Fernspr. 120

ALLE LEUTE LOBEN
Blauband wie Butter
 FEINKOSTMARGARINE

 1/2 Pfd. 50 Pf.